

Interview

„Kompletter Kontrollverlust“

Eine Fehlgeburt ist für Frauen häufig ein tiefer Einschnitt. Psychologin Antje-Kathrin Allgaier von der Universität der Bundeswehr München weiß, was dann hilft.

Welche psychischen Folgen haben Fehlgeburten?

Antje-Kathrin Allgaier: Fast alle Frauen zeigen eine Trauerreaktion. Es gibt Frauen, die den Verlust schnell verarbeiten und mithilfe ihres Umfelds bewältigen können, doch das ist nicht immer so. Einige sind längerfristig psychisch belastet oder entwickeln psychische Störungen.

Wie viele sind das?

Das ist schwierig zu beziffern, nach wie vor ist der Forschungsbedarf immens. In einer Studie, die 2021 im medizinischen Fachjournal „The Lancet“ erschienen ist, haben Wissenschaftler festgestellt, dass nach neun Monaten 18 Prozent der befragten Frauen mit Fehlgeburten posttraumatische Belastungssymptome erleben. 17 Prozent haben moderate oder schwere Angstsymptome und sechs Prozent hatten moderate oder schwere depressive Symptome.

Was haben Sie in Ihrer Studie herausgefunden?

Wir haben zirka 180 Frauen, die Verluste erlebt haben, befragt, und den Vergleich zu zwei Kontrollgruppen gezogen. Die erste Kontrollgruppe waren Mütter, die im letzten Jahr ein lebendes Kind geboren haben. Die andere Gruppe waren Mütter, die mindestens ein Kind im Alter von 1 bis 17 Jahren hatten. Wir konnten im Vergleich dieser Gruppen signifikante Unterschiede im Hinblick auf zwei Störungen finden: Anpassungsstörungen und wieder auftretende Depressionen sind bei Frauen mit Fehlgeburten häufiger aufgetreten. Das deckt sich mit den bisherigen Studien.



Psychologin Antje-Kathrin Allgaier. Foto: Privat

Wie kann Hilfe aussehen?

Wichtig ist, dass Frauen die Wahlfreiheit haben. Eine Fehlgeburt bedeutet einen kompletten Kontrollverlust. Die Auseinandersetzung damit ist eine Möglichkeit, Kontrolle zurückzubekommen. Dabei ist wichtig, dass jede Frau über das Wie selbst entscheidet. Es sollte keine Dogmen geben, wie ein Abschied stattfindet. Zudem sind gute Früherkennungsinstrumente entscheidend, um zu erkennen, welche Frau ein höheres Risiko einer psychischen Störung hat. Das medizinische Personal muss in Gesprächsführungskompetenzen geschult sein, um die schlechte Nachricht überbringen zu können. Schließlich ist es wichtig, dass die Player wie Gynäkologen, Beratungsstellen und Psychotherapeutinnen besser miteinander vernetzt sind, um den Betroffenen zu helfen.

Dorothee Torebko



Eine Fehlgeburt ist für viele Frauen mit einer Trauerphase verbunden.

Foto: ©nicoletaionescu/adobe.stock.com

Plötzlich doch keine Mama

Schwangerschaft Viele Frauen erleiden Fehlgeburten. Trotz der traumatischen Erfahrung werden sie oft nicht gut versorgt. Eine Betroffene will das Mutterschutzgesetz ändern lassen. Von Dorothee Torebko

Ein häufiges Phänomen?

Exakte Daten zur Anzahl der Fehlgeburten gibt es nicht, da sie standesamtlich nicht festgehalten werden oder weil Frauen nicht immer das Krankenhaus aufsuchen. Einem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags zufolge hat es 2021 rund 40 000

Fehlgeburten gegeben und rund 739 000 lebend geborene Säuglinge. Auf 1000 Geburten kommen damit 54 Fehlgeburten.

Die Kosten eines gestaffelten Mutterschutzes bei frühen Fehlgeburten für Krankenkassen hat die IKK berech-

net. Bei der Umsetzung der Idee kämen Mehrkosten in Höhe von fünf Millionen Euro auf die gesetzliche Krankenversicherung zu. IKK-Vorstandsvorsitzender Hans-Peter Wollseifer hält den Kostenbetrag angesichts der Bedeutung des Themas für „vernachlässigbar“.

wiesen, dass ein Arzt sie krankschreibt. Einen Anspruch auf Schonfrist hat sie nicht. Sagorski setzt sich für einen gestaffelten Mutterschutz bei Fehlgeburten ein. Sie fordert, mindestens zwei Wochen Mutterschutz für Fehlgeburten zwischen der 6. und der 14. Woche und mindestens vier Wochen für Fehlgeburten in der 15. bis 23. Woche.

Katharina Schmidt befürwortet das, obwohl sie von ihrer Gynäkologin gleich eine Krankenschreibung bekam. Die 35-jährige Journalistin aus Berlin stellte in der elften Schwangerschaftswoche fest, dass ihr Baby keinen Herzschlag hat. Knapp drei Wochen trug sie den toten Fötus in ihrem Bauch und wollte nicht erst auf einen OP-Termin warten. Deshalb verschrieb ihre Frauenärztin ein Medikament. Die Abtreibung führte sie im heimischen Badezimmer durch.

Sie ließ sich für eine Woche krankschreiben. Heute sagt sie, das war zu kurz. Sie sei physisch nicht bereit gewesen. Sie hatte Bauchkrämpfe, nahm Schmerzmittel, biss sich durch. An ihrem Arbeitgeber hatte es nicht gelegen. Der sei sehr verständnisvoll gewesen. Trotzdem habe sie sich nicht getraut, sich weiter krankschreiben zu lassen, dachte, sie müsse funktionieren. „Es würde vielen helfen, wenn man nicht auf die Gunst eines Gynäkologen angewiesen wäre und die Autorität des Mutterschutzes hätte“, erläutert Schmidt. „Eine Fehlgeburt ist wirklich hart. Man hat eine Wunde, die Hormone sind durcheinander. Man braucht Zeit zum Heilen – und zum Trauern.“

Trauern, reden und verarbeiten – das können Frauen, die Fehlgeburten erlebt haben, bei der Münchnerin Daniela Nuber-Fischer in der Sternenkinderstunde im Haus der Fami-

lie. In Kursen und Einzelberatungsterminen haben Frauen die Möglichkeit, sich auszutauschen. „Oft haben Frauen das Gefühl, kein Recht auf Trauer zu haben“, sagt Nuber-Fischer. „Der Austausch hilft, zu realisieren: Ich bin nicht allein. Die Frauen geben sich gegenseitig Halt.“ Doch auch die Weitergabe von Wissen ist essenziell. „Als ich meine Fehlgeburt hatte, wusste ich zum Beispiel nicht, dass ich einen Anspruch auf eine Hebamme habe“, erläutert Journalistin Schmidt. „Unser Ziel ist, einen natürlicheren Umgang mit dem Thema zu finden, sodass mein Job irgendwann überflüssig wird“, erläutert Nuber-Fischer.

Frauen die Wahl lassen

Auch sie ist Befürworterin der Idee einer Ausweitung des Mutterschutzes. Entscheidend ist allerdings, dass Frauen die Wahl gelassen wird, ob sie Mutterschutz benötigen oder sich krankschreiben lassen, um ihre Schwangerschaft ihrem Arbeitgeber nicht mitteilen zu müssen. Dafür plädiert auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier, die das erste Fachgespräch im Bundestag organisierte. Zwischen den Fraktionen gebe es ein „großes Einvernehmen der zuständigen familienpolitischen Berichterstatte“ über den gestaffelten Mutterschutz. Breymaier ist zuversichtlich, dass es mit einer Novelle des Mutterschutzgesetzes noch in dieser Legislaturperiode klappen könnte. „Keine Frau sollte darum betteln müssen, nach einer Fehlgeburt krankgeschrieben zu werden, sondern selbst entscheiden“, sagt die familienpolitische Aktivistin Natascha Sagorski. Sie will weiter kämpfen und damit verhindern, dass irgendeine Frau sich so verloren fühlen muss wie einst sie.

ZAHLE DES TAGES

4

Frauen sitzen im 30 Köpfe zählenden Kabinett der neuen Regierung von Senegal. Lediglich vier Ministerinnen seien deutlich zu wenig, erklärten 24 Organisationen der Zivilgesellschaft sowie 225 Einzelpersonen. Dies entspreche einem Anteil von 13 Prozent. Damit seien Frauen in der Regierung schlechter vertreten als im Vorgängerkabinett (18 Prozent). epd

Argentinien Aufruf zum Generalstreik

Buenos Aires. Die argentinische Gewerkschaftsföderation CGT hat für den 9. Mai einen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung von Präsident Javier Milei angekündigt. Der Vorstand der CGT begründete seine Ankündigung mit den effektiv sinkenden Löhnen, massiven Entlassungen im öffentlichen Sektor des Landes und der Entscheidung der Regierung, Branchentarifverträge mit mehr als zwölf Prozent Lohnsteigerung nicht anzuerkennen. epd



Besuch in Pjöngjang

Eine hochrangige Delegation aus China mit Spitzenpolitiker Zhao Leji besucht Nordkorea. China ist nach wie vor wichtigster Handelspartner des international weitgehend isolierten Landes. Foto: kcna via kns/afp

Mexiko Klage gegen Ecuador

Mexiko-Stadt. Nach der Stürmung der mexikanischen Botschaft durch Sicherheitskräfte in Ecuadors Hauptstadt Quito hat Mexiko Klage beim Internationalen Gerichtshof eingereicht. Darin werde der Ausschluss Ecuadors von den Vereinten Nationen gefordert, sollte sich das Land nicht öffentlich entschuldigen. Anfang April waren Spezialeinheiten in die Botschaft eingedrungen und hatten dort den ecuadorianischen Ex-Vizepräsidenten Jorge Glas festgenommen. dpa

Belarus Lukaschenko fühlt sich bedroht

Moskau. Der Machthaber von Belarus, Alexander Lukaschenko, hat bei einem Treffen mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin über eine angebliche Bedrohung seines Landes aus dem Westen geklagt. „Die Lage ist schwer. Am meisten beunruhigt mich die Position der polnischen Führung“, sagte Lukaschenko. Er kritisierte die Abhaltung von Militärmanövern im Baltikum und die Stationierung zusätzlicher Nato-Einheiten in den Nachbarländern von Belarus. dpa